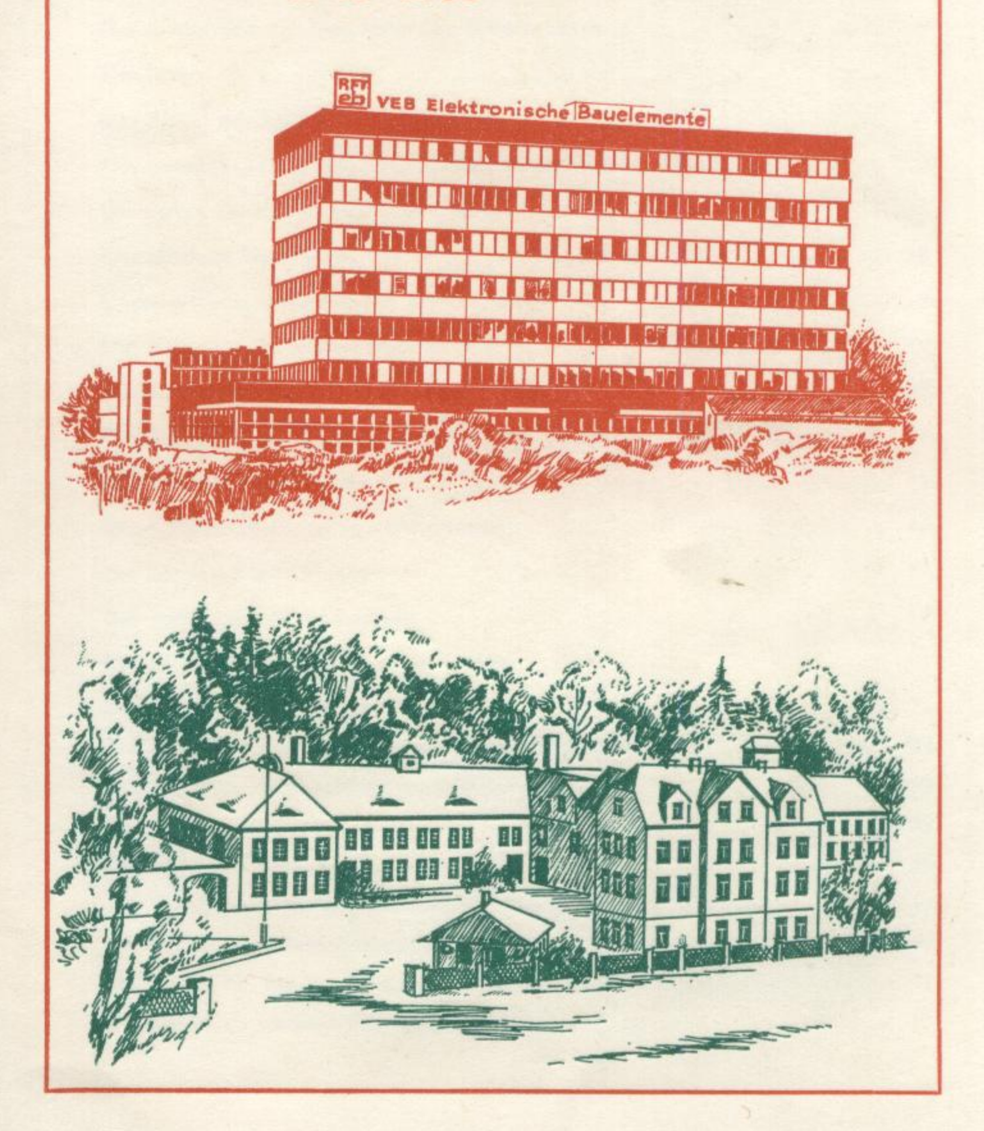
VOM SCHWEREN ANFANG

40 Jahre Volkseigentum 1945–1985



INHALTSVERZEICHNIS

Seite

VORWORT

Am 15. September 1945 nahm der heutige VEB Elektronische Bauelemente Dorfhain seine Arbeit unter den Bedingungen des Volkseigentums auf.

40 Jahre nach diesem bedeutungsvollen historischen Ereignis veröffentlichen wir den ersten Abriß der Geschichte unseres Betriebes.

Wir geben dieses Material allen Werktätigen des Betriebes in die Hand, damit sie sich mit den historischen Ereignissen während und nach dem zweiten Weltkrieg in Dorfhain vertraut machen können.

Die Betriebsgeschichte dokumentiert auf anschauliche Art das hohe Engagement der Werktätigen in der zweiten Hälfte der 40er Jahre, als es darum ging, den Betrieb nach der Demontage und der Enteignung seiner Besitzer wieder in Gang zu bringen.

Einen besonderen Dank sprechen wir den Genossen der Geschichtskommission für ihre Arbeit beim Zusammentragen von Materialien und zur Erarbeitung dieses Werkes aus.

Der persönliche Einsatz von unserem Genossen und Kollegen Walter Baumgart wird besonders gewürdigt.

Es ist vorgesehen, daß die Betriebsgeschichte etappenweise ergänzt wird und zu gegebener Zeit den Werktätigen unseres Betriebes zur Verfügung steht.

September 1985

Hallfarth
BPO-Sekretär

DER 8. MAI 1945 UND DER SIEG ÜBER DEN HITLERFASCHISMUS

Am 8. Mai 1945, gegen 2.00 Uhr, betrat erstmals eine kleine Gruppe sowjetischer Soldaten, aus Richtung Hartha kommend, unser Territorium. Aus den Fragestellungen der sowjetischen Soldaten und Offiziere, von denen einige die deutsche Sprache gut beherrschten, war zu entnehmen, daß sie den Auftrag hatten, die SS-Einheit Schörner zu erkunden. Obwohl noch gegen Mitternacht einzelne SS-Angehörige im Ort gesehen wurden, verliefen die Hausdurchsuchungen ohne kriegerische Handlungen, denn das Gros einer SS-Einheit hatte sich bereits am Vortage in Richtung Höckendorfer Heide abgesetzt.

Gegen 4.00 Uhr des gleichen Tages erschien der erste sowjetische Panzer vom Typ T 34 und postierte sich auf der damals zum Grundstück „An der Spitze Nr. 1" gehörenden Wiese, etwa 30 Meter hinter dem heutigen Feuerwehrgerätehaus. Er wurde sofort von SS-Angehörigen beschossen, die sich in der Zwischenzeit wieder in einigen Häusern und Gärten „An der Spitze" eingenistet hatten. Ein aus dem Geschütz des T 34 ausgelöster Schuß traf das Grundstück „An der Spitze 10", wobei ein Bewohner dieses Grundstücks tödlich verwundet wurde. Die sofort ausschwärmende Panzerbegleitung machte der kurzen Kampfhandlung ein schnelles Ende.

Es war mittlerweile schon hell geworden, und an vielen Grundstücken von Genossen und fortschrittlichen Bürgern wehte bereits die weiße Fahne. Genosse Otto Schulze, der Vorsitzende des antifaschistisch-demokratischen Komitees, ging der sowjetischen Panzerbesatzung mit der weißen Fahne entgegen. Er schilderte dem Panzerkommandanten die Lage im Ort und übergab ein von Faschisten freies Dorfhain.

Nur der Besonnenheit des Genossen Otto Schulze und der fortschrittlichen Einwohner, die gegen die Befehle der SS handelten und die weiße Fahne hißten, ist es zu verdanken, daß unser Ort von weiteren Zerstörungen verschont blieb.

Genosse Schulze wurde kommissarisch als Bürgermeister von Dorfhain eingesetzt und erhielt den Auftrag, entsprechend den Befehlen der Kommandantur, gemeinsam mit den Mitgliedern des antifaschistisch-demokratischen Komitees – im folgenden kurz Komitee genannt – zu handeln.

Im Vergleich zu früheren Jahren der Dorfhainer Geschichte kamen die sowjetischen Arbeiter und Bauern im Soldatenrock nicht um zu plündern und zu brandschatzen, sondern als Befreier des deutschen Volkes vom Hitlerfaschismus, der die Welt in einen verheerenden Krieg stürzte, der Millionen von Menschenleben forderte und unzähligen Menschen unsagbares Leid zufügte, wovon auch in Dorfhain kaum eine Familie verschont blieb.

In den letzten Kriegstagen ruhte auch der Schulunterricht in Dorfhain. Die Forderung der Kommandantur, schnellstens für die Wiederaufnahme des Schulunterrichts zu sorgen, stellte das Komitee vor neue Probleme. – Zum besseren Verständnis sei hier erwähnt, daß Dorfhain 1941 1 535 Einwohner zählte. Nach der Zerstörung von Dresden durch anglo-amerikanische Bomber am 13. Februar 1945 erreichte Dorfhain eine Einwohnerzahl von 2 246. Bis zum Kriegsende wuchs

die Einwohnerzahl weiter an, je näher die Kriegshandlungen in Richtung Dresden rückten. Dorfhain war im Mai 1945 vollgepfropft mit Flüchtlingen – und so auch unsere Schule. In guter Zusammenarbeit mit fortschrittlichen Alt- und Neulehrern sowie der verständnisvollen Bereitschaft der Dorfhainer Bürger konnte in kürzester Zeit ein Teil der Klassenräume freigemacht und der Schulunterricht in den Fächern Rechnen, Schreiben, Lesen, Naturkunde, Sport und Gesang am 4. Juni 1945 wieder aufgenommen werden. Bis zur endgültigen Freimachung aller Unterrichtsräume stellte der wiederaufgebaute Betrieb vorerst nicht benötigte Produktionsräume als Unterrichtsräume, insbesondere in den Wintermonaten 1946/47, zur Verfügung.

Fast täglich stand das Komitee vor neuen Aufgaben. Sie wurden gemeistert, weil alle bereit waren, stets das Beste zu geben.

Der größte Betrieb unseres Ortes, die Firma »Ellinger und Geißler« – Fabrik elektrotechnischer Bedarfsartikel –, stellte die Arbeit am 8. Mai 1945 vorübergehend ein. Sie beschäftigte am 7. Mai 1945 annähernd 950 Arbeiter und Angestellte, darunter mehr als 340 Kriegsgefangene, Zwangsarbeiter, Dienstverpflichtete aus anderen Betrieben sowie Studenten, die zur Ableistung ihrer Arbeitsdienstpflicht in diesem Betrieb arbeiten mußten.

Die Produktion lief noch am 7. Mai 1945 mit vollem Rüstungsprogramm, um dessen Aufträge sich die Besitzer seit 1937 in zunehmendem Maße beworben hatten. Die Rüstungsaufträge umfaßten Granatverschraubungen, Aufschlagzünder, Geschoßkörbe, Handgranatenkästen und Bauteile für die Heeres-Nachrichtentechnik. Die Produktion von Fliehkraftzündern war eingerichtet, kam aber durch den Einmarsch der sowjetischen Truppenteile nicht mehr zum Anlauf.

Mit dem Einmarsch der sowjetischen Truppenteile in Dorfhain wurden auch die am 7. Mai 1945 noch im Betrieb »Ellinger und Geißler« beschäftigten 245 Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter aus der UdSSR, aus Polen, Frankreich, Belgien, den Niederlanden, Jugoslawien und der CSSR befreit und konnten nun wieder in ihre Heimat zurückkehren. Gleiches traf auf die 86 Dienstverpflichteten und Studenten zu, die bis zu diesem Tag tätig waren. Die Stammbelegschaft von etwa 600 Beschäftigten aus Dorfhain und den umliegenden Orten war nun arbeitslos, denn der Betrieb ruhte bis zum 15. Juni 1945.

DER BEFEHL NR. 2

Keine fünf Wochen nach der bedingungslosen Kapitulation Hitlerdeutschlands waren vergangen, da erließ der Oberste Chef der sowjetischen Militäradministration in Deutschland (im folgenden SMAD genannt) den Befehl Nr. 2. Der Marschall der Sowjetunion G. K. Shukow konnte am 10. Juni 1945 in seinem Befehl festlegen, daß auf dem Gebiet der sowjetisch besetzten Zone in Deutschland die Selbstverwaltung organisiert und notwendige Bedingungen für die freie gesell-

schaftliche und politische Tätigkeit der deutschen Bevölkerung geschaffen waren. Die SMAD gestattete mit diesem Befehl die Bildung und Tätigkeit antifaschistisch-demokratischer Parteien und freier Gewerkschaften, die sich die endgültige Liquidierung der Überreste des Faschismus und die Festigung der Grundlagen der Demokratie und der bürgerlichen Freiheiten in Deutschland zum Ziel setzten.

Den Befehl Nr. 2 der SMAD betrachteten die Antifaschisten von Dorfhain als einen großen Vertrauensbeweis der Sowjetunion. Er gab ihnen die Möglichkeit, die politischen Kräfte für eine volksdemokratische Ordnung rascher zu formen und zu entfalten.

DER AUFRUF DER KPD VOM 11. JUNI 1945

In dieser Zeit der Arbeitslosigkeit, in der Tausende von ehemaligen Kriegsgefangenen, Zwangsarbeitern, heimkehrenden Bürgern, die vor den Kriegshandlungen ihren Heimatort verlassen und irgendwo in Sachsen eine Bleibe gefunden hatten, sowie zurückkehrende Soldaten die Landstraßen bevölkerten, in der unser Dresden einen grauenvollen Anblick bot, in der Eltern ihre Kinder und Kinder ihre Eltern suchten und die Mehrheit des Volkes keinen Ausweg aus dieser katastrophalen Lage sah, in der sich Hoffnungslosigkeit und Resignation ausbreiteten, kam der Aufruf der KPD vom 11. Juni 1945, aus dem hier – zum besseren Verständnis der damaligen Situation – die wichtigsten Passagen wiedergegeben werden sollen, die auch für die politische Aufbauarbeit in der Gemeinde Dorfhain und des neuen Betriebes von ausschlaggebender Bedeutung waren.

„Schaffendes Volk in Stadt und Land!

Männer und Frauen!

Deutsche Jugend!

Wohin wir blicken Ruinen; Schutt und Asche. Unsere Städte sind zerstört, weite, ehemals fruchtbare Gebiete verwüstet und verlassen. Die Wirtschaft ist desorganisiert und völlig gelähmt. Millionen und aber Millionen Menschenopfer hat der Krieg verschlungen, den das Hitlerregime verschuldete. Millionen wurden in tiefste Not und größtes Elend gestoßen. Eine Katastrophe unvorstellbaren Ausmaßes ist über Deutschland hereingebrochen, und aus den Ruinen schaut das Gespenst der Obdachlosigkeit, der Seuchen und des Hungers. Und wer trägt die Schuld? Es sind Hitler und Göring, Himmler und Goebbels, die aktiven Anhänger und Helfer der Nazipartei. Es sind die Träger des reaktionärsten Militarismus, die Keitel, Jodl und Konsorten. Es sind die imperialistischen Auftraggeber der Nazipartei, die Herren der Großbanken und Konzerne, die Krupp und Röchling, Poengen und Siemens.

Jetzt gilt es, gründlich und für immer, die Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen. Ein ganz neuer Weg muß beschritten werden. Werde sich jeder Deutsche bewußt, daß der Weg, den unser Volk bisher ging, ein falscher Weg, ein Irrweg war, der in Schuld und Schande, Krieg und Verderben führte."

Was schlugen die Kommunisten dem deutschen Volk vor? Welchen Weg sollte es gehen?

Die KPD stellte fest, daß die deutsche Arbeiterklasse vor der historischen Aufgabe stand, die Einheit ihrer Reihen und eine breite Front aller Hitlergegner und aufbauwilligen Kräfte herzustellen sowie in einer volksdemokratischen Umwälzung Faschismus und Militarismus mit ihren Wurzeln auszurotten. Die Kommunisten erstrebten einen deutschen Staat, in dem die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten die Macht ausüben. Sie wollten eine demokratische Republik mit allen Rechten und Freiheiten für das deutsche Volk ohne Monopole und Junker.

Der Aufruf forderte:
„Vollständige Liquidierung der Überreste des Hitlerregimes, Kampf gegen Hunger, Arbeitslosigkeit und Obdachlosigkeit und Sicherung der sozialen Rechte der Werktätigen, Aufbau demokratischer Selbstverwaltungsorgane, grundlegende Reformen der Justiz und des Bildungswesens, Enteignung der Großgrundbesitzer, der Nazi- und Kriegsverbrecher, Übergabe aller lebenswichtiger Betriebe in die Hände der Selbstverwaltungen, friedliches Zusammenleben mit anderen Völkern, Schluß mit der Politik des Krieges und des Raubes, Anerkennung der Pflicht der Wiedergutmachung für die durch die Hitleraggression anderen Völkern zugefügten Schäden."

Diese revolutionäre Konzeption der Marxisten/Leninisten entsprach objektiv den Interessen des ganzen deutschen Volkes. Mit Ausnahme der Nazi- und Kriegsverbrecher sowie der Großgrundbesitzer konnten alle Schichten der deutschen Bevölkerung dem Aufruf zustimmen. Dieser Aufruf fand auch die Zustimmung des größten Teils der Aufbauwilligen des neuen Betriebes. Er war für die Genossen eine Anleitung zum Handeln.

Am 16. Juni 1945 nahm der Betrieb »Ellinger und Geißler« die Arbeit wieder auf. Fast 6 Wochen hatte dieser Betrieb gebraucht, um ihn von der gewinnbringenden Rüstungsproduktion auf eine Produktion für den zivilen Bedarf (Schalter, Stecker, Steckdosen usw.) umzustellen; das macht deutlich, daß der Anteil der Rüstungsproduktion nahezu 100% erreicht hatte.

Der Betrieb begann mit einer sehr kleinen Belegschaft von etwa 40 Beschäftigten. Mehr als 90% der ehemaligen Stammbelegschaft blieben weiterhin ohne Arbeit. Wer sich in dieser Zeit seinen Lebensunterhalt nicht in der Landwirtschaft verdienen konnte, war auf Sozialfürsorgeunterstützung seiner Gemeinde angewiesen. Doch auch hier hatte der faschistische Raubkrieg die Kassen geleert, und so mußten Gelder durch den Verkauf von ausgelagerten Waren (Fußbodenbelag) an die Bevölkerung beschafft sowie vom Komitee als „Schieberware" beschlagnahmtes Getreide und Tabak, die Dorfhain mit unbekanntem Ziel passierte, ordnungsgemäß verkauft bzw. in Mehl umgetauscht und für die Versorgung der Bevölkerung zur Verfügung gestellt werden.

DIE DEMONTAGE DES BETRIEBES »ELLINGER UND GEISSLER« DORFHAIN

Am 21. Juni 1945 erschienen im Auftrag der SMAD ein Oberst und ein Major im Betrieb. Sie erklärten den Besitzern, daß sie sich durch ihre Rüstungsproduktion mitschuldig an der derzeitigen Lage gemacht haben und deshalb ihr Betrieb mit auf die Demontageliste gesetzt worden sei. Die Demontage erfolgte für den Wiederaufbau der von den faschistischen Truppen in der Sowjetunion zerstörten Betriebe. Den Besitzern wurde weiter mitgeteilt, daß sie von nun an keinen Einfluß mehr auf das Betriebsgeschehen haben und den Betrieb nicht mehr betreten dürfen.

Am 22. Juni 1945 begann die Demontage. An ihr nahmen eine Komsomolzenbrigade von etwa 60 Sowjetsoldaten mit ihren Lastkraftwagen teil. Die Demontage wurde von einem Oberst geleitet, der für das Hauptwerk, und einem Major, der für die Winkelmühle verantwortlich war. Aus der Bevölkerung von Dorfhain und den umliegenden Orten wurden etwa 200 vorwiegend männliche Arbeitskräfte eingesetzt. Die Demontagearbeiten wurden vergütet, und teilweise erfolgten Zuteilungen von Lebensmitteln.

Alles wurde registriert, in Kisten verpackt und zum Bahnhof Tharandt gebracht, wo die Verladung in dafür bereitgestellte Güterzüge erfolgte. Die Verladung in Tharandt erforderte viel Aufwand an menschlicher Arbeitskraft. So mußten alle Kisten mittels Rollen auf schiefer Ebene in die Waggons geschoben werden. Diese aufwendige Arbeit verzögerte den termingemäßen Abschluß ebenso wie die nicht rechtzeitige Bereitstellung von Güterwagen, so daß ein kleiner Teil des Demontagegutes zurückblieb.

Die Demontage dauerte bis Anfang August. Was übrigblieb waren leere Betriebsräume, leere Regale und Kisten sowie mehr als 25 Jahre alte, schrottreife und defekte Maschinen mit einem Schätzwert von 23 000 RM.

Auf Veranlassung der Bürgermeister von Tharandt und Dorfhain mußte ein Teil der Betriebsräume aufgeräumt werden. Die Aufräumung erfolgte zum Zwecke der Einlagerung von Getreide für die Bevölkerung und wurde am 7. und 8. August von 19 vom Komitee beauftragten Bürgern durchgeführt. Die Aufräumungsarbeiten der übrigen Räume des Hauptwerkes sowie des Zweigwerkes Winkelmühle erfolgten kurz danach. Während dieser Arbeiten erfolgte auch eine Sichtung und Registrierung der wenigen noch im Betrieb verbliebenen Einzelteile und Halbfabrikate.

DIE ERSTEN GEDANKEN ZUM NEUBEGINN

Kollegen Erich Holfert bewegten zum Neubeginn damals eine Reihe von Fragen, die er am 20. August 1945 dem Komitee vortrug. Ein neues Programm entstand, daß vom Komitee bestätigt und als 10 Punkte umfassendes Merkblatt am 5. September herausgegeben wurde, das wie folgt aussah:

1. Angestellte und Arbeiter müssen bei Arbeitsaufnahme weitgehend Geld zum Maschinenkauf anlegen.
2. Zwei Artikel müssen schnellstens hergestellt werden, und zwar nach den vorhandenen Porzellanen. Welche Teile gehören im einzelnen hierzu, damit seitens des Einkaufs spezielle Einzelteile beschafft und bearbeitet werden können?
3. Trotz vorhandener 13 000 RM müssen weitere 6 000 RM gesammelt werden. Dazu wird ein Kredit von 6 000 bis 7 000 RM gebraucht.
4. Schnellste Klarstellung über Schulden, Guthaben und Rückstände aus der Zeit von »Ellinger und Geißler« bzw. ob allgemeiner Verfall durch staatliche Regelung erfolgt.
5. Radiotechnik ist Verdienstgebiet, dagegen Schalterherstellung ausgekochter Massenartikel. Die Radiotechnik muß deshalb zur Gesundung des Betriebes schnellstens mit anlaufen. Großaufträge und Anfragen hierzu sind vorhanden.
6. Vorhandene Materialbestände und auch Fertigartikel, wie Potentiometer, halbfertige Schalter, Preßteile, die mit Metallteilen bestückt werden müssen, möchten weitgehendst in größerem Umfang der früheren Abnehmerschaft angeboten und verkauft werden. Dieses Geld soll wiederum zur Maschinenbeschaffung angelegt werden.
7. Überrechnung der Zinslast, der vom Komitee gesammelten Gelder.
8. Reduzierung von Maschinenaufträgen aus den Jahren 1944/45.
9. Sondermaßnahmen
   Hier ist die Empfehlung der beiden staatlichen Leiter: *„Alle aufbauwilligen Arbeiten vorerst ohne Bezahlung"* einzuordnen.
10. Herstellung von Fassondrehteilen für andere Werke.

In dieser Komiteesitzung wurde auch beschlossen, durch Komiteemitglieder Gelder für den Neuaufbau des Betriebes als Anleihe zu verwenden. Ferner wurden Festlegungen getroffen, die die künftige Leitung des neuen Betriebes betrafen. Das Komitee legte fest, den Genossen Herbert Zickmantel als Kommissarischen Betriebsleiter und den Genossen Richard Büttner als Technischen Leiter einzusetzen und zur Bestätigung durch die Landesverwaltung Sachsen einzureichen. Durch Komiteemitglieder wurden bereits in den folgenden Tagen 13 200 RM als Darlehen aufgebraucht, das mit dazu beitrug, die finanzielle Lage zu verbessern.

DER OFFIZIELLE NEUBEGINN

Am 11. September 1945 erfolgte die mündliche Bestätigung beider Genossen durch die Landesverwaltung Sachsen mit gleichzeitiger Genehmigung zum Wiederaufbau des Betriebes per 15. September 1945.

Der 15. September 1945 geht somit als offizieller Neubeginn unter neuen Produktionsverhältnissen, in denen die Arbeiterklasse die Macht ausübt, in die Geschichte des Betriebes und unseres Ortes ein.

UNSER ERSTER KOMMISSARISCHER BETRIEBSLEITER



Kurzbiographie des Genossen Herbert Zickmantel

Am 16. April 1905 in Dorfhain geboren, erlernte er nach Abschluß der 8. Klasse in Dippoldiswalde den Beruf eines Schlossers. In Dorfhain kam er frühzeitig mit Genossen der KPD zusammen. Die Weltanschauung des Marxismus/Leninismus

prägte seinen weiteren Lebensweg. Folgerichtig trat er am 7. Juni 1932 der KPD bei. Während der Nazizeit blieb er seiner antifaschistischen Gesinnung treu und war einer der aktivsten Genossen. 1933 verzog er nach Dresden und arbeitete als Monteur in der Dampfkesselfabrik Dresden-Übigau. Durch UK-Stellung dieser Firma entging er der Einberufung zur faschistischen Wehrmacht. Am 3. November 1938 heiratete er die Verkäuferin Ilse Richter, die 1945 ebenfalls Mitglied der Arbeiterpartei wurde. 1945, wie Tausende Bürger von Dresden, ausgebombt, kehrte er wieder nach Dorfhain zurück. Nach der Zerschlagung des Hitlerfaschismus durch die Sowjetarmee widmete er sich mit ganzer Kraft im Komitee dem Aufbau eines neuen Lebens in Dorfhain. Als stellvertretender Bürgermeister oblag ihm die Arbeitsbeschaffung für unsere Bevölkerung und insbesondere für alleinstehende Frauen und Umsiedler.

Überall, wo Not am Mann war, setzte sich Genosse Zickmantel helfend ein und erwarb sich durch seinen unermüdlichen Einsatz großes Vertrauen unter der Bevölkerung unseres Ortes. Als späteres Mitglied der SED wirkte er aktiv bei der Gründung des DFD, der FDJ und bei der Errichtung eines Kindergartens und Kinderhortes mit. Als Treuhänder des Betriebes stellte er durch sein offenes, ehrliches und vor allem aber konsequentes politisches Auftreten ein gutes Vertrauensverhältnis zu seinen Genossen und Mitarbeitern wie auch zu den deutschen und sowjetischen Dienststellen her, das sich für den Neuaufbau des Betriebes sehr positiv auswirkte.

DIE AKTIVISTEN DER ERSTEN STUNDE

Mit dem Neubeginn wurden weitere bekannte Fachkräfte unter den Bedingungen, vorerst ohne Bezahlung zu arbeiten und nach Möglichkeit Geld als Anleihe einzubringen, geworben. Einige kamen, aber einige zogen es auch vor, weiterhin in der Landwirtschaft ihren Lebensunterhalt zu verdienen.

Der Neubeginn war schwer, standen doch für die Wiederingangsetzung des Betriebes nur wenige, längst verschlissene und größtenteils vorerst unbrauchbare Maschinen bzw. nur solche zur Verfügung, die einen hohen Reparaturaufwand erforderten. Unter anderem waren es vier mehr als 25 Jahre alte Schraubendrehautomaten, zwei alte Tischbohrmaschinen mit Gleichstrommotor, ein Kompressor, eine kleine Tischexzenterpresse, die während der Demontage hinter Edle Krone vom LKW gefallen war, alte Gewindeschneidmaschinen, eine unbrauchbare Kunstharzhandpresse und ein geringer Feinwerkzeugbestand. Drehmaschinen fehlten gänzlich.

An Material waren vorhanden: ein Bunker mit etwa 26 Tonnen Messingspänen sowie 20 Stück hochwertige Edelstahlrollen ECN 35 und ECN 45 für die Herstellung von Preßformen, die während der Demontage als Transportrollen gedient hatten. Die vorhandenen Werkzeuge reichten vorerst nur für wenige Facharbeiter. Um schneller voranzukommen, mußte jeder mit seinem Privatbesitz aushelfen.

Es fand ein regelrechter Wettbewerb unter den ersten etwa 35 Genossen und Kollegen statt; eine Arbeitsteilung in die Arbeiten, die jeder am besten beherrschte. Da wurden Maschinenteile gezeichnet, Einzelteilzeichnungen und Stücklisten ergänzt, alte Schneid- und Biegewerkzeuge überholt, die erwähnten alten Schrauben-Drehautomaten neu gelagert und justiert, Deckenvorgelege angefertigt, wozu uns die Firma F. Klaußner in Dorfhain die Drehmaschine und Werkstatt zur Verfügung stellte. Material wurde beschafft und unter schwerer körperlicher Arbeit aus den Trümmern geborgen und im neuen Betrieb entrostet und sortiert. Vom alten Betrieb ausgelagerte Preßwerkzeuge wurden aus zerbombten Produktionshallen geborgen, die über 100 Kilometer entfernt lagen und aufgrund der schlechten Verkehrsverhältnisse mehrere Tagesreisen erforderten.

Für das leibliche Wohl mußte jeder selbst sorgen. Kartoffeln und ein paar Scheiben Brot mit Marmelade oder selbstgemachtem Rübensaft als Aufstrich im Rucksack war der Reiseproviant dieser Genossen und Kollegen.

Die Lebensmittel waren rationiert. Für die arbeitende Bevölkerung wurden 1945 täglich

400 g Brot
30 g Fleisch oder Fleischwaren
15 g Fett
20 g Zucker
30 g Grütze oder Hülsenfrüchte
500 g Kartoffeln

und monatlich

100 g Kaffee-Ersatz
400 g Salz

zugeteilt.

Angestellte und die nichtarbeitende Bevölkerung erhielten um ein Viertel bis ein Drittel niedrigere, Schwer- und Schwerstarbeiter entsprechend höhere Rationen.

Es gehörte viel Mut, Zuversicht und Vertrauen in die eigene Kraft dazu, inmitten von Trümmern und Verzweiflung den demokratischen Neuaufbau zu beginnen. Während dieser schweren Zeit bewiesen die klassenbewußten, vor allem aber die in der KPD organisierten Arbeiter durch ihr entschlossenes Zupacken, daß sie als erste und am besten verstanden, was zu tun war. Sie wollten nicht nur Not und Elend bezwingen, sondern den Grundstein für eine bessere Zukunft legen. Ihnen zur Seite standen die besten Vertreter der werktätigen Bauernschaft, der fortschrittlichen Intelligenz und des demokratischen Bürgertums. Seitdem tragen sie den Ehrennamen

„Aktivisten der ersten Stunde".

Anfang Oktober 1945 erschien im Betrieb eine Delegation sowjetischer Offiziere, darunter der Major, der für die Demontage der Winkelmühle verantwortlich war. Sie wurden mit gemischten Gefühlen empfangen, weil man eine nochmalige Demontage vermutete. Die Fragestellungen nach dem Woher des Materials und der bereits aufgestellten Maschinen erhärteten diese Vermutungen. Doch als der Major während des Rundganges in der Winkelmühle fragte: „Warum schließt

ihr nicht das Dach?", das während der Demontage geöffnet werden mußte, und im Hauptwerk eine sowjetische Genossin in Uniform fragte: „Warum produziert ihr noch nicht?", fiel allen ein Stein vom Herzen.

Die erste Betriebsversammlung fand am 13. Oktober 1945 unter der Leitung des Kommissarischen Betriebsleiters, Genossen Herbert Zickmantel, statt. Auf der Tagesordnung stand erstmals die Wahl des Betriebsrates, zu der eingangs Genosse Zickmantel die Aufgaben des Betriebsrates als Interessenvertretung der Werktätigen erläuterte. Mitspracherecht und Mitverantwortung, so sagte er, erfordere, über alle betrieblichen Vorgänge informiert zu sein und im Interesse der Werktätigen zu entscheiden.

Für den zu wählenden Betriebsrat wurden die Genossen

Otto Franz
Walter Krötzsch
Max Illgen

und die parteilose Kollegin

Elsa Horn

vorgeschlagen und einstimmig gewählt.

Alle Betriebsangehörigen traten geschlossen dem FDGB bei. Für die Beitragskassierung wurde *W. Baumgart* gewonnen. Er wurde im Januar 1946 nachträglich in den Betriebsrat gewählt.

Im Anschluß daran sprach noch der Technische Leiter, Genosse Richard Büttner, darüber, daß wir als neue Eigentümer vorbildlich arbeiten, sparsam mit Material umgehen und Ausschuß möglichst vermeiden sollten.

Kollege Erich Holfert gab abschließend einen Bericht über bisher getätigte Einkäufe an Maschinen und Material.

DIE DEUTSCH-SOWJETISCHE FREUNDSCHAFT IN AKTION

Am 9. November 1945 erfolgte ein Anruf des Bürgermeisters von Tharandt, der mitteilte, daß im Lagerschuppen des Bahnhofs Tharandt Kisten mit Demontagegut zurückgeblieben sind und wahrscheinlich dem Betrieb wieder zurückgegeben werden sollen. Eine recht erfreuliche Nachricht, die den Genossen Zickmantel und Büttner Anlaß waren, am 10. November 1945 mit der Dolmetscherin Jenny Tusiks nach Tharandt zu fahren, um mit dem Bürgermeister und den Offizieren des Demontagekommandos den Sachverhalt zu klären.

Alles wurde klargestellt und der Abtransport für Montag, den 17. November 1945, vereinbart. Von der Betriebsleitung und den Komiteemitgliedern wurden über Sonntag 13 Fuhrwerke organisiert. Diese 13 Pferdefuhrwerke von Dorfhain hatten den ganzen Tag zu fahren, um die Kisten mit Elektroporzellan, Halbfabrikaten, Stanz- und Drehteilen, Federn, Stiften und Schrauben sowie einige Rollen Bandstahl nach Dorfhain zu bringen. Groß war unsere Freude über die

kostenlose Rückgabe durch die sowjetischen Kommandanturen in Tharandt und Dresden. Sie war ein Beweis der Freundschaft zwischen sowjetischen und deutschen Genossen und eine große Hilfe und Unterstützung. Sie trug wesentlich dazu bei, die Herstellung von Elektro-Installationsmaterial schneller und in größerem Umfang zu ermöglichen.

Im November 1945 konnten zwei Kunstharz-Handpressen erworben werden, die aus den Trümmern in Dresden geborgen wurden. Eine weitere Handpresse wurde mit Unterstützung anderer Betriebe fertiggestellt. Ebenso konnte der erste Drehautomat im eigenen Betrieb wieder zur Nutzung übergeben werden. Mit der Inbetriebnahme der drei Handpressen und des ehemals schrottreifen Drehautomaten Ende November/Anfang Dezember waren die Voraussetzungen geschaffen, vorerst den Engpaß an Preßteilen und gedrehten Schrauben zu beseitigen und mit der Neuproduktion von Elektro-Installationsmaterial zu beginnen.

Zwischenzeitlich, und zwar am 12. September 1945, war auch die Antragstellung auf eine neue Firmenbezeichnung bei der Landesverwaltung Sachsen mit

„Notgemeinschaft der Firma »Ellinger und Geißler« Dorfhain"

erfolgt, die bis zum 30. Juni 1947 Gültigkeit hatte.

Laut einer statistischen Erfassung der gewerblichen Betriebe im Bundesland Sachsen vom 3. November 1945 zählte der neue Betrieb

43 Belegschaftsmitglieder, davon *37 männliche* und *6 weibliche.*

In der Betriebsleitungssitzung am 3. Dezember 1945 erfolgte eine Neuregelung der Löhne für unsere Beschäftigten. Danach wurden folgende Stundenlöhne gezahlt:

Facharbeiter	*1,10 RM*
Handwerker und Kraftfahrer	*0,90 RM*
angelernte Arbeiter, wie Presser, Schleifer, Abränderer, Hofarbeiter	*0,75 RM*
Frauen im Leistungsgrundlohn	*0,50 RM*
Frauen im Zeitlohn	*0,60 bis 0,65 RM.*

Die Einstufung nach Alter fiel weg, da für gleiche Arbeit künftig gleicher Lohn gezahlt wurde.

Die Belegschaft beschloß an diesem Tag, von Dezember 1945 bis März 1946 monatlich einen Tageslohn als Solidarität zu spenden.

Alle Beschäftigten wurden davon in Kenntnis gesetzt, daß sie ab 1. Dezember 1945 in der Krankenkasse versichert sind und alle ehemaligen Pgs. nur Lohn wie Facharbeiter erhalten. Ferner wurde mitgeteilt, daß noch vor dem Weihnachtsfest die erste Abschlagzahlung für den Monat Dezember erfolgen kann.

DIE AUFNAHME DER PRODUKTION

Anfang Dezember 1945 konnten die ersten Schalter und Steckdosen aus zurückgebliebenen bzw. zurückgegebenen Einzelteilen an das neuerrichtete Fertigwarenlager geliefert werden. Schnell hatte es sich herumgesprochen: Dorfhain produziert wieder. Und so kamen die ersten Käufer, vorwiegend Elektro-Installateure aus Dresden, und Händler, die mit Rucksack das dringend in Dresden benötigte Elektro-Installationsmaterial abholten. Von Tag zu Tag wurden aber auch die Wünsche und Forderungen der Abnehmer nach Erweiterung des Sortiments, nach Schaltern in Auf-, Unterputz- und Feuchtraumausführung, nach Röhrensockeln und Röhrenfassungen größer, so daß der Betrieb vor neuen Problemen in der Material-, Werkzeug- und Maschinenbeschaffung stand. Dank des sich inzwischen gut eingespielten Kollektivs wurden diese Aufgaben, wenn auch mit vielen tagelangen beschwerlichen Reisen, geduldigen Verhandlungen bei viel Verlust persönlicher Freizeit und kilometerweiten Fußmärschen verbunden, mit hohem persönlichen Einsatz gelöst.

Mit Beginn der Fertigung von Schaltern und Steckdosen wurden weitere Arbeitskräfte benötigt. So wuchs die Zahl der Beschäftigten per 31. Dezember 1945 auf insgesamt

78 Belegschaftsmitglieder, davon *52 männliche* und *26 weibliche*, an.

In einer Januar-Ausgabe der „Sächsischen Volkszeitung" wurde berichtet, daß in Sachsen 25 000 Betriebe die Arbeit wieder aufgenommen haben. Wir freuten uns darüber und waren gleichzeitig ein bißchen stolz, mit dazu zu gehören.

Am 29. Januar 1946 beschlossen die Werktätigen des Betriebes die Einführung der monatlichen Lohnzahlung mit 14tägiger Abschlagzahlung. Es war der erste Schritt zur Vereinfachung der Verwaltungsarbeit im neuen Betrieb.

Am 8. Februar 1946 fand eine weitere Betriebsversammlung statt, in der die Wahl der betrieblichen Gewerkschaftsleitung erfolgte. Wahlberechtigt waren an diesem Tag 53 Gewerkschaftsmitglieder. Als Wahlausschuß fungierten die Genossen *Max Illgen*, *Max Franz* und die Kollegin *Erna Herrmann*.

Die Wahl, die in geheimer Abstimmung erfolgte, brachte folgendes Ergebnis:

Genosse Erich Wolf	*33 Stimmen*
Genosse Rudi Zeun	*31 Stimmen*
Genosse Otto Schirmer	*30 Stimmen*
Genossin Hilma Baumgart	*30 Stimmen*
Genosse Willi Geißler (Vorsitzender)	*26 Stimmen.*

Alle 5 Mitglieder wurden gewählt.

Um unseren Frauen, die am meisten unter dem faschistischen Raubkrieg zu leiden hatten, ihr Mitspracherecht und ihre Mitverantwortung zu sichern, erfolgte am 28. Februar 1946 die Wahl des antifaschistisch-demokratischen Frauenausschusses, in den folgende Frauen gewählt wurden:

Erna Herrmann
Dorotea Illgen
Hildegard Ficke
Elly Berndt.

DIE REAKTION ERHEBT SICH

Neben der eigentlichen Aufbauarbeit im Betrieb mußten die Genossen der Betriebsleitung und des Betriebsrates hohes Klassenbewußtsein und Kämpfertum beweisen, wenn es galt, Aussprachen mit Angehörigen der ehemaligen Besitzer zu führen, die die verschiedensten Gegenstände als ihr Eigentum betrachteten und zurückforderten. Dabei brachten sie wiederholt zum Ausdruck, daß von hochgestellten Juristen Zusicherungen gegeben wurden, wonach die Rückgabe des Betriebes in Kürze zu erwarten sei. Auch im Zusammenhang mit der Geldanleihe gab es Meinungen, ihre Anleihe als Aktienkapital zu bezeichnen. Alle diese Vorbehalte, die vom Klassengegner gezielt in den Betrieb getragen und nicht immer von den Betreffenden richtig erkannt wurden, galt es geduldig zu klären, denn den Weg vom „Ich" zum „Wir" gingen ja alle zum ersten Mal.

Aus Anlaß des am 22. März 1946 im Landgericht Dresden begonnenen Justizskandals Urban gegen das Bundesland Sachsen fand auch in unserem Betrieb ein erster einstündiger Proteststreik statt. Stadtrat Genosse Berg aus Tharandt äußerte sich zu diesem ersten Vorstoß der Reaktion und erklärte, *„daß zur Unterbindung weiterer Vorstöße die Arbeiter in den Betrieben einschließlich der Handwerker in einen einstündigen Streik getreten sind und die Geschäftsleute sich durch Schließung ihrer Geschäfte angeschlossen haben."*

Nachfolgende Protestresolution an das Landgericht Dresden wurde während des Streiks beschlossen und einstimmig angenommen:

Protestresolution

Die Betriebsräte, Arbeiter und Angestellten der Notgemeinschaft »Ellinger und Geißler« in Dorfhain machen sich die Resolution der Arbeiter und Angestellten der Technischen Hochschule Dresden – abgedruckt in der „Sächsischen Volkszeitung" vom 21. März 1946 – zu eigen und erklären übereinstimmend, daß sie ihr Recht verlangen und eine rechtsprechende Instanz, die nicht wie seither Recht und Interessen einer dünnen, die Staatsgewalt tragenden Oberklasse vertritt, sondern die die Rechte und Interessen der breiten, das Volk ausmachenden Klasse der Arbeiter wahren. Die Fehler von 1918 haben Millionen von Arbeitern in einem neuen Krieg und in den KZs der Nazis das Leben gekostet. Wir wollen sie nicht wiederholen, um damit erneut der Reaktion eine Handhabe zum Gegenangriff zu geben. Wir fordern daher:

1. *Sofortige Absetzung der Richter und Rechtsanwälte, die als Handlanger in dem gegen unsere Genossen Dr. h. c. Friedrichs und Fischer und damit gegen unsere Parteien geführten reaktionären Angriff fungieren, der in Sachen Urban, Gohlis, gegen das Bundesland Sachsen wegen Raubes dreier Pferde verborgen ist.*
2. *Schließung des Landgerichts; das sich für diesen Angriff hergibt, bis es eine wahrhaft demokratische, die Interessen des Volkes vertretende Rechtsprechung gewährleistet.*

In solidarischer Übereinstimmung mit den Arbeitern und Angestellten erklären wir, daß wir am Tage des Gerichtsprozesses – am 22. März 1946 – gegen die

Landesverwaltung Sachsen in der Zeit von 9 bis 10 Uhr vormittags in einem einstündigen Proteststreik gegen dieses Vorgehen der Reaktion und ihrer faschistischen Hintermänner eintreten.

gez. Krötzsch *Betriebsrat*	*gez. Zickmantel* *Kommissarischer Leiter*
gez. Geißler *Betriebsgewerkschaftsleitung*	*gez. Herrmann* *Frauenausschuß*

DER I. PARTEITAG (VEREINIGUNGSPARTEITAG)

Die Aktionseinheit der Arbeiterklasse hatte sich in Dorfhain bereits mit der Bildung des Antifa-Komitees bewährt. Beim Aufbau der antiimperialistischen Ordnung und des neuen Betriebes waren sich Kommunisten und Sozialdemokraten näher gekommen. Die Aktionseinheit hatte sich gefestigt. Die Einsicht in die Notwendigkeit der organisatorischen Vereinigung beider Parteien war gewachsen. Die gemeinsamen Anstrengungen zur Überwindung des Chaos hatten demonstriert, daß Einigkeit stark macht. Es war daher kein Zufall, daß der Wille zur Einheit der Arbeiterbewegung auch in unserem Betrieb auf der Tagesordnung stand. Die Grundlage bildete der Aufruf der Leitungen von KPD und SPD vom 1. September 1945 in Dresden, der mit der verpflichtenden Losung endete:

„Es lebe die Einheit der Arbeiterklasse".

Dieser Aufruf beider Parteien fand die Zustimmung der Kommunisten und Sozialdemokraten sowie ihrer Anhänger im Betrieb. Allen war klar, die verhängnisvollen Fehler von 1918 nicht mehr zuzulassen und geeint einen Beitrag zur Beseitigung des Imperialismus und Militarismus in Deutschland zu leisten. Nur über diesen Weg war es möglich, die Sehnsucht der Arbeiter nach dem Sozialismus zu verwirklichen.

Im März 1946 fand auch im Ort Dorfhain auf Initiative der Genossen der KPD die erste gemeinsame Mitgliederversammlung statt. Beispiel dafür war die „Konferenz der 3000" zur Vorbereitung der Vereinigung von KPD und SPD am 15. Januar 1946 in Dresden. Wenn es auch hier noch Vorbehalte seitens einiger weniger SPD-Mitglieder gab, so war doch der Wille nach Arbeitereinheit stärker als die geäußerten Vorbehalte.

Mit dem Vereinigungsparteitag am 20. und 21. April 1946, der mit dem symbolischen Händedruck von Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl die Spaltung für immer beendete, wurde die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands mit 1,3 Millionen Mitgliedern zur stärksten Partei Deutschlands.

Die Grundsätze und Ziele der SED, die der I. Parteitag beschlossen hatte und die von den Genossen diskutiert und gebilligt wurden, waren ein marxistisches

Programm für den weiteren Kampf um die Verwirklichung der führenden Rolle der Arbeiterklasse. Die SED bekannte sich zum Sozialismus, bestimmte die Wesensmerkmale der sozialistischen Ordnung und wies den Weg zur Heranführung an die Diktatur des Proletariats. Sie erklärte: *„Die grundlegende Voraussetzung zur Errichtung der sozialistischen Gesellschaftsordnung ist die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse. Dabei verbündet sie sich mit den übrigen Werktätigen. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands kämpft um diesen neuen Staat auf dem Boden der demokratischen Republik."*

Die Gründung der SED war das gesetzmäßige Ergebnis des Ringens der deutschen Arbeiterbewegung zur Wiederherstellung ihrer Einheit auf revolutionärer Grundlage. Die SED verkörpert alle revolutionären Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung.

Die SED entwickelte sich auch in unserem Betrieb kontinuierlich zur organisierten Kraft für die Verbreitung und Anwendung des Marxismus-Leninismus und zum Kern für den Zusammenschluß aller Demokraten und Patrioten der Belegschaft. Ihre Mitgliederzahl wuchs nach dem Vereinigungsparteitag um fast das Doppelte und schaffte damit die Voraussetzungen für alle künftigen Siege der Werktätigen.

In der am 18. April 1946 durchgeführten Betriebsversammlung wurde bekanntgegeben, daß am gleichen Tag die Auszahlung der Löhne für die Monate September und Oktober 1945 erfolgt. Es war ein Freudentag für diejenigen, die sich uneigennützig für den Neuaufbau des Betriebes eingesetzt hatten. Mit Freude und Stolz wurde auch das Ergebnis der im Dezember beschlossenen Solidaritätsspende zur Kenntnis genommen. Sie erbrachte im

Dezember 1945	*476,90 RM*
Januar 1946	*512,45 RM*
Februar 1946	*570,75 RM*
März 1946	*564,50 RM*
Insgesamt	*2 124,60 RM.*

Gleichzeitig wurde der Beschluß gefaßt, in den Monaten April und Mai 1946 10% vom Bruttolohn als Solidarität zu spenden.

DIE SORGE UM DEN MENSCHEN

Mit der Steigerung der Produktion wuchsen auch die Aufgaben für unsere Angestellten. Ihre Gleichsetzung mit der nichtarbeitenden Bevölkerung in der Zuteilung von Lebensmitteln führte zur Unzufriedenheit dieses Personenkreises, so daß sich Betriebsleitung und Betriebsrat in einem Schreiben mit folgendem Inhalt an den FDGB wandten:

Die Werktätigen der Notgemeinschaft der Firma »Ellinger und Geißler« Dorfhain richten an den FDGB die Bitte, folgende Resolution an die Landesverwaltung Sachsen zu richten:

„Durch Beschluß der SMAD haben die Bauern nach Erfüllung ihres Abgabesolls freies Verfügungsrecht ihrer Ware. Das ist soweit in Ordnung, wenn der Lebensstandard der Bevölkerung ein normaler ist. Da aber die Bauern einen beträchtlichen Überschuß an Getreide, Kartoffeln und vor allen Dingen Butter durch das Prämiensystem haben, ist ihnen die Gelegenheit gegeben, mit dieser überschüssigen Ware unlautere Geschäfte zu tätigen. In einer Zeit, in der besonders die werktätige Bevölkerung mit einem Minimum an Lebensmitteln, besonders aber an Fettigkeiten, auskommen muß, welches weit unter dem normalen Lebensstandard liegt, ist es nicht angängig, daß den Bauern solche Zugeständnisse gemacht werden. Die Landesregierung solle der SMAD vorstellig werden, mit dem Ersuchen, im Interesse der werktätigen Bevölkerung Abhilfe zu schaffen. Bei dieser Gelegenheit bringen wir eine berechtigte Bitte unserer kaufmännischen Angestellten vor. Es ist doch ohne weiteres verständlich, daß ihre Tätigkeit in der jetzigen Zeit zumindest ebensoviel Kräfte beansprucht, wie bei einem größten Teil der im Betrieb eingesetzten Arbeiter. Sie halten es deshalb für unverständlich, warum man ihnen geringere Lebensmittelzuteilungen zusagt, als wie den Arbeitern. Wäre es nicht gerecht, wenn sie den Arbeitern in bezug auf Lebensmittel gleichgestellt würden. Wir glauben mit dieser Resolution im Interesse Aller zu handeln und bitten um Überprüfung und baldige Abstellung eines Zustandes, der in der Allgemeinheit große Erbitterung hervorruft.
Mit entsprechenden Vorschlägen können wir dienen."

Hochachtungsvoll

Notgemeinschaft der Firma »Ellinger und Geißler«

gez. Krötzsch	*gez. Zickmantel*
Betriebsrat	Kommissarischer Leiter

In der Betriebsversammlung am 16. Mai 1946 wurde mit Wirkung vom 1. Januar 1946 eine neue Urlaubsregelung beschlossen. Danach erhielten die Beschäftigten entsprechend ihres Alters Grundurlaub nach folgender Tabelle:

bis 30 Jahre	*12 Arbeitstage*
30 bis 35 Jahre	*12 Arbeitstage*
35 bis 40 Jahre	*13 Arbeitstage*
40 bis 45 Jahre	*14 Arbeitstage*
45 bis 50 Jahre	*15 Arbeitstage*
50 bis 55 Jahre	*16 Arbeitstage*
55 bis 60 Jahre	*17 Arbeitstage*
60 bis 65 Jahre	*18 Arbeitstage.*

Im Nachsatz dazu hieß es: „Stichtag ist der 1. Januar des laufenden Jahres. Die Karenzzeit beträgt 6 Monate. Die Urlaubsregelung gilt nur für unseren Betrieb und tritt außer Kraft, wenn Neuregelungen durch übergeordnete Dienststellen erfolgen."

Am gleichen Tag wurde auch die Bildung einer sozialen Hilfskasse beschlossen. Sie sollte zur finanziellen Unterstützung solcher Betriebsangehörigen dienen, die durch längere Krankheit bzw. längere Krankheit in der Familie oder Todesfall in Not geraten sind. Hierzu wurde vorerst ein Betrag in Höhe von 5 000 RM aus Mitteln des Betriebes bereitgestellt. Erweist sich der Betrag als zu niedrig, so wurde im Nachsatz festgehalten, kann später ein erneuter Beschluß über eine Erhöhung gefaßt werden. Mit der sozialen Hilfskasse wurde der Grundstein für die spätere

„Kasse der gegenseitigen Hilfe"

gelegt, die in den meisten volkseigenen Betrieben, z. T. in abgeänderter Form, eingeführt wurde.

DER VOLKSENTSCHEID IN SACHSEN

Am 7. April 1946 hatte die Landesverwaltung Sachsen die „Verordnung über das Volksbegehren" erlassen und den Volksentscheid für den 30. Juni 1946 festgelegt. In Vorbereitung dieses Ereignisses fand am 13. Juni 1946 eine außerordentliche Betriebsversammlung mit den Dorfhainer Betrieben

Martin Ilgen
Ewald Böhme und
Ernst Heintz (Edle Krone)

statt. Zum Thema: „Die Bedeutung des Volksentscheides" sprach Genosse Pfennig. Die im Anschluß daran verfaßte Resolution an die Landesverwaltung Sachsen hatte folgenden Wortlaut:

„In der heute im Betrieb der Firma Notgemeinschaft Ellinger und Geißler gemeinsam abgehaltenen Betriebsversammlung der Firmen

Notgemeinschaft Ellinger und Geißler (Dorfhain)
Martin Ilgen (Dorfhain)
Ewald Böhme (Dorfhain)
Ernst Heintz (Edle Krone)

haben die Belegschaften folgende Entschließung gefaßt:
Im Bewußtsein der Verantwortung gegenüber Volk und Vaterland bringen die Belegschaften der oben genannten Betriebe ihren Willen dadurch zum Ausdruck, daß sie nicht gewillt sind, daß jemals wieder Millionen Menschen auf den Schlachtfeldern und in den KZs hingemordet werden, daß friedliche Städte und Dörfer in Schutt und Asche gelegt und Millionen Menschen wieder heimatlos werden.
Wir fordern daher restlose Enteignung und Bestrafung der Kriegsverbrecher und Kriegsinteressenten, Überführung der Betriebe in die Hände des Volkes, um dadurch einen friedlichen Aufbau für ein freies, demokratisches Deutschland zu gewährleisten. Es gilt die Achtung unserer Nachbarvölker wieder zurückzugewinnen. Deshalb unsere Parole:

Ein einstimmiges ‚Ja' am 30. Juni."

Diese Entschließung wurde einstimmig angenommen und von den Betriebsräten aller Betriebe unterzeichnet.

Auch im Ort Dorfhain fand in Vorbereitung des Volksentscheides am 26. Juni 1946 im Gasthof Großdorfhain eine Einwohnerversammlung statt, zu der die beiden Betriebsinhaber Ellinger und Geißler eingeladen waren, aber nur Herr Geißler erschien. Referent war der damalige Landrat Genosse Georg Wehner. In seinen Ausführungen stellte er fest, daß beide Betriebsinhaber seit 1932 Mitglied der NSDAP waren und erheblichen Einfluß auf die Entwicklung der Nazibewegung ausübten. So unterstützten sie den hießigen SA-Sturm materiell und finanziell, so daß sich dieser zum Schreckgespenst von Dorfhain und seiner Umgebung entwickeln konnte. Beide Herren sind keinesfalls als nominelle Mitglieder zu betrachten, denn sie haben ihre Stellung als Betriebsführer dazu mißbraucht, Arbeiter und Angestellte unter Ausübung von Druck in die Nazipartei zu zwingen. Arbeiter und Angestellte dieser Firma wurden vor die Wahl gestellt, Mitglied der NSDAP zu werden oder den Betrieb zu verlassen. So wurde z. B. jeder, der nicht mit „Heil Hitler" grüßte, sofort ins Büro bestellt, wo den Betreffenden mit Strafmaßnahmen und Entlassung gedroht wurde.

Folgende belastenden Punkte wurden vom Referenten genannt:

1. Der Betrieb »Ellinger und Geißler« war ein wichtiger Rüstungsbetrieb mit Schlüsselstellung.
2. Bereits ab 1937 wurden Rüstungsaufträge ausgeführt.
3. Der Betrieb »Ellinger und Geißler« ist als Kriegsgewinnlerbetrieb gemäß den Steuerbilanzen der Kriegsjahre zu betrachten. Danach wurden folgende Gewinne erzielt:

1939	*455 045 RM*
1940	*669 635 RM*
1941	*502 928 RM*
1942	*877 632 RM*
1943	*1 589 880 RM*
1944	*1 252 654 RM.*

„Damit ist", so führte der Redner aus, *„die Einstufung in die Liste der Nazi- und Kriegsverbrecher eine nicht zu leugnende Tatsache und eine Enteignung vollauf berechtigt. Der Betrieb beschäftigte über mehrere Jahre französische und sowjetische Kriegsgefangene und noch am 7. Mai 254 Zwangsarbeiter, die nachweisbar nicht gut behandelt wurden."*

Die Darlegungen des Genossen Wehner öffneten manchem Mitarbeiter die Augen. Sie erkannten, wie klein und arm sie unter diesen Herren geblieben sind, und welchen Reichtum sich die beiden Besitzer durch raffinierte Ausbeutungsmethoden angeeignet hatten.

Der Volksentscheid, der unter der Losung stand:

„Was des Volkes Hände schaffen, soll des Volkes eigen sein",

brachte trotz des großen Verwandten- und Bekanntenkreises der Betriebsinhaber Ellinger und Geißler ein gutes Ergebnis. Nahezu 77 % unserer Bürger stimmten am 30. Juni 1946 mit „Ja" und damit für die Enteignung. Sie stärkten damit

jenen Genossen und Kollegen den Rücken, die sich uneigennützig um den Aufbau des neuen Betriebes, ohne Kapitalisten, ohne Ausbeutung und Unterdrükkung, bemüht hatten.

DIE ERSTEN GRÖSSEREN PRODUKTIONSERFOLGE

Im Juni 1946 erreichte die Produktion trotz noch fehlender Rationalisierung und ungenügender Produktivität bei

Schalter und Stecker	*27 000 Stück*
Steckdosen	*32 000 Stück*
Röhrensockel und Fassungen	*200 000 Stück.*

Am 1. Juli 1946 konnten alle restlichen Löhne für den Monat November 1945 ausgezahlt werden. Mit dieser Lohnzahlung wurden alle Lohnrückstände der Aufbauwilligen aus dem Jahre 1945 beglichen.

Trotz der ersten Erfolge gab es aber auch einige Kollegen die versuchten, sich auf Kosten anderer ein bequemeres Leben zu verschaffen oder durch Entwendung von Betriebseigentum persönlich zu bereichern. Für solche Mitarbeiter konnte der Betrieb kein Verständnis aufbringen, und in den meisten Fällen endeten solche Vergehen mit einer fristlosen Entlassung.

Das Anwachsen der Belegschaften und die gestiegene Verantwortung der Betriebsräte bei der Durchsetzung der Beschlüsse des FDGB, der Partei und Regierung machte generelle Neuwahlen erforderlich.

Nachdem in der Betriebsversammlung am 25. Juni 1946 von den Beschäftigten Vorschläge für den zu wählenden Betriebsrat und den Wahlausschuß gemacht wurden und die Beschäftigten Einsprüche und Änderungen bis zum 15. Juli 1946 einreichen konnten, erfolgte am 25. Juli 1946 die geheime Wahl.

Die Beschäftigtenzahl betrug an diesem Tag

146 (alle Mitglied des FDGB) davon
62 Frauen
59 Männer
6 Angestellte (Frauen)
6 Angestellte (Männer)
13 Jugendliche.

Als Wahlausschuß fungierten die Kollegen

Richard Büttner	*SED*
Rudi Zeun	*SED*
Hildegard Mende	*parteilos*
Elfriede Hartmann	*parteilos*
Otto Göhler	*SED*

Nach der Auszählung der Stimmzettel gab der Wahlausschuß bekannt, daß 145 Stimmzettel abgegeben wurden, davon 143 gültige und 2 ungültige.

Folgende Stimmenanteile entfielen auf die zu wählenden Mitglieder des Betriebsrates:

Kollege	*Walter Krötzsch*	*SED*	*139*
Kollege	*Walter Baumgart*	*SED*	*102*
Kollegin	*Hilma Baumgart*	*SED*	*94*
Kollegin	*Elfriede Hartmann*	*parteilos*	*91*
Kollegin	*Hildegard Mende*	*parteilos*	*82*
Kollege	*Otto Franz*	*SED*	*73*
Kollege	*Otto Göhler*	*SED*	*69*

Gewählt wurden die ersten 6 Kolleginnen und Kollegen. Kollege Otto Göhler erreichte keine 50 % der Stimmen.

Zum neuen Vorsitzenden des Betriebsrates wurde Genosse Walter Krötzsch gewählt.

DER BEFEHL NR. 253 DER SMAD

Dieser Befehl enthielt den Grundsatz:

„Gleicher Lohn bei gleicher Arbeit."

Wurden bisher bei leichten Arbeiten an Arbeiter über 21 Jahre 0,75 RM je Stunde gezahlt, so erhielt ein Arbeiter unter 21 Jahre nur 75 bis 90 % davon. Bei Frauen betrug der Stundenlohn im Zeitlohn 0,60 bis 0,65 RM je Stunde, während Frauen im Leistungslohn nur 0,50 RM je Stunde erhielten.

Mit diesem Befehl wurden generell für Männer, Frauen und Jugendliche 1,20 RM je Stunde festgelegt. Waren in den Tarifverträgen Beschäftigungs- oder Berufsjahre für die Entlohnung vorgesehen, so wurden diese mit der Neuregelung außer Kraft gesetzt. Für Lehrlinge hatten diese Grundsätze keine Gültigkeit.

Mit dieser Neuregelung wurde ein altes kapitalistisches Erbe beseitigt und eine finanzielle Besserstellung der Frauen und Jugendlichen durchgesetzt.

Am 21. August 1946 fand unter Teilnahme der neuen Leiter der Industrieverwaltung 20, der Genossen Springer und Schönherr, eine weitere Betriebsversammlung statt. Genosse Schönherr gab bekannt, daß durch den Befehl Nr. 124 der SMAD in Sachsen 4 000 Betriebe beschlagnahmt, von denen in der Zwischenzeit mehr als 2 000 den früheren Besitzern wieder zurückgegeben wurden. Von den enteigneten Betrieben gingen 1 007 in den Besitz der Landesverwaltung Sachsen (landeseigene Betriebe) und 457 in den Besitz der Kreise und Gemeinden (kreiseigene Betriebe) über. 400 Betriebe wurden an Handwerker übergeben.

Um die Arbeit dieser Betriebe zu koordinieren, wurden durch die Landesverwaltung Sachsen Industrieverwaltungen nach Branchengruppen gebildet. Entsprechend unserem Fertigungsprogramm wurden wir per 21. August 1946 der Industrieverwaltung 20 angegliedert.

Gemäß den Festlegungen der Landesregierung besteht die Industrieverwaltung aus einem Verwaltungsrat. Jeder Betrieb bis zu 500 Beschäftigten hat einen Vertreter zu delegieren, der die Interessen des Betriebes wahrnimmt. Von unserem Betrieb wurde der Genosse W. Baumgart delegiert. Neben der Kontrolle der Produktionsaufgaben wurden in diesem Gremium produktivitätssteigernde Maßnahmen erörtert, die Erarbeitung einer einheitlichen Betriebsvereinbarung vorgenommen und viele Beratungen, die Patentforderungen unseres Mitarbeiters H. Mertig betrafen, durchgeführt.

DIE ERSTE DEMOKRATISCHE VOLKSWAHL AM 1. SEPTEMBER 1946

Durch die volksdemokratische Umwälzung im politischen, ökonomischen und kulturellen Leben war es im Herbst 1946 im Osten Deutschlands möglich, daß zum ersten Mal in der deutschen Geschichte die Werktätigen, frei vom Druck der Monopolherren und Großgrundbesitzer, an die Wahlurne treten konnten. In allgemeinen, geheimen, gleichen und direkten Wahlen wurden die Gemeindevertretungen, die Stadtverordnetenversammlungen, die Kreis- und Landtage gewählt.

Die SED trat mit ihrem antiimperialistischem Aufbauprogramm vor die Öffentlichkeit und entwickelte in den „Grundrechten des Volkes" ihre Vorstellungen für einen volksdemokratischen Staatsaufbau. Die Partei rief dazu auf, nur die besten antifaschistischen Frauen und Männer in die Volksvertretungen zu entsenden.

Auch in unserem Betrieb wurde die Wahl gut vorbereitet. In einem Aufruf der Betriebsräte und Gewerkschaftsgruppen der Tharandter Betriebe, der in der Betriebsversammlung am 29. August von der Belegschaft bestätigt wurde, hieß es dazu:

Nur noch wenige Tage trennen uns von den Gemeindewahlen am 1. September! Benutzt jede Stunde und jede Gelegenheit dafür zu agitieren! Rüttelt die Lauen auf, ruft ihnen ins Gedächtnis, wie es im Mai 1945 bei uns aussah! Trostlos, hoffnungslos, schwarz war der Blick in die Zukunft!
Welche schwierigen und gewaltigen Aufgaben sind inzwischen gelöst und welche großen Erfolge sind seitdem erzielt worden!
Es waren Frauen und Männer aus dem Volk, aus der KPD und SPD, die jetzt in der SED vereint sind, die bewiesen haben, daß sie jederzeit bereit und in der Lage sind, auch die heikelsten Situationen zu meistern und sie zu einem guten Ende zu führen. Sie stellen sich jetzt zur Wahl, ihnen gilt unsere Stimme – den Vertretern der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.
Wählt alle Liste 1!

Die Wahl am 1. September, die unter der Losung
„Alles durch das Volk, alles mit dem Volk, alles für das Volk" stand,

legte Zeugnis davon ab, daß unsere Bevölkerung in ihrer Mehrheit für eine Politik des gemeinsamen demokratischen Neuaufbaus eintritt. Aus unserem Betrieb erhielten die Genossen Herbert Zickmantel, Richard Büttner und Walter Baumgart das Vertrauen der Bevölkerung. Sie vertraten ab 1. September 1946 die Belange der Bürger unserer Gemeinde und unseres Betriebes. Mit der Wahl am 1. September beendete das Komitee in Dorfhain seine verantwortungsvolle Tätigkeit.

Ende des Jahres 1946 hatte unser Betrieb bereits eine Zahl von 208 Beschäftigten, darunter 10 Heimarbeiter, erreicht.

Das Jahr 1947 hatte gerade seinen Anfang genommen, da erreichte uns die schmerzliche Nachricht vom Ableben unseres ersten Kommissarischen Betriebsleiters, Genossen Herbert Zickmantel. Alle, die Betriebsangehörigen, seine Genossen im Betrieb und viele Bürger unserer Gemeinde, trauerten um ihn. Sein plötzlicher und unerwartet früher Tod riß eine große Lücke in unser junges Kollektiv. An seiner letzten Ruhestätte wurde ihm am 14. Januar 1947 folgender Nachruf gewidmet:

„Ganz überrascht traf uns die unfaßbare Nachricht, daß unser lieber Genosse und Betriebsleiter Herbert Zickmantel so jäh aus unserer Mitte gerissen wurde. Vom ersten Tage seiner Tätigkeit im Betrieb hat er sich mit Leib und Seele für das Gelingen des Aufbaus eingesetzt. Vor keiner Arbeit hat er sich gescheut, keine Arbeit war ihm zuviel und kein Weg zu weit. Er galt als unser Werkleiter. Für jeden hatte er ein freundliches Wort und helfendes Herz. Sein kollegialer und gerechter Charakter werden ihm dauerndes Andenken sichern."

Am 29. Januar 1947 fand die 19. Betriebsversammlung unseres Betriebes statt. Die Tagesordnung sah unter anderem vor:

1. Referat des Genossen Gesler zu den bevorstehenden Gewerkschaftswahlen
2. Stellungnahme zur Neubesetzung des Betriebsleiters.

Im Referat des Genossen Gesler wurde die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung von den Arbeitervereinen über die Arbeiterbildungsvereine bis hin zur mächtigsten Gewerkschaftsbewegung aufgezeigt.

Unter anderem führte er aus:

„Ihr arbeitet in einem Treuhänderbetrieb, der dem Volk gehört. Das muß anspornen zu doppelter Leistung. Alles, was hier geschaffen wird, kommt dem deutschen Volk zugute, ob in Form von Reparationen, die wir sowieso zahlen müssen, oder für unsere Volkswirtschaft.

Je produktiver wir arbeiten, desto schneller kommen wir aus dem Dreck heraus. 60 % unserer Wirtschaft sind in den Händen des Volkes. Wir sind imstande, von uns aus eine Lenkung der Wirtschaft vorzunehmen. Wir nehmen denen den Wind aus den Segeln, die wieder mit dem Leben des Volkes spielen wollen. Das verhindern wir, indem wir durch diesen Anteil die Wirtschaft so lenken, wie wir sie haben wollen.

Niemals für einen Krieg! Weil wir wissen, daß wir die Macht haben, wollen wir als Arbeiter in solchen Betrieben, die in Treuhänderschaft sind, jeder seine Pflicht voll und ganz erfüllen. So sind unsere Interessen vollkommen gesichert."

UNSER ZWEITER BETRIEBSLEITER

Zum Punkt „Neubesetzung des Betriebsleiters" wurde durch das Mitglied des Verwaltungsrates, Genossen Walter Baumgart, bekanntgegeben, daß die Industrieverwaltung 20 beabsichtigt, einen neuen, fremden Betriebsleiter einzusetzen. Die Belegschaft forderte daraufhin eine Aussprache mit der Leitung der Industrieverwaltung 20 und machte gleichzeitig den Vorschlag, dafür den Genossen Walter Krötzsch einzusetzen. Genosse Krötzsch wurde dann auch bestätigt und am 1. März 1947 von der Leitung der Industrieverwaltung 20 als neuer Werkleiter unseres Betriebes eingesetzt.

DER ERSTE EXPORTAUFTRAG

Die 1. Frühjahrsmesse (Friedensmesse) wurde auch mit Erzeugnissen unseres Fertigungsprogrammes beschickt. Die Geschäfte mit ausländischen Partnern wickelte im wesentlichen die Industrieverwaltung 20 ab. Diese Messe brachte uns den ersten Großabschluß mit einer holländischen Firma in Form von Schaltern und Steckdosen im Werte von 350 000 Dollar ≙ 1,2 Millionen RM. Dieser Großauftrag machte uns viel Kopfzerbrechen und zwang uns, früher als beabsichtigt, mehr für eine rationelle und qualitätsgerechte Fertigung zu tun. Wenn es auch große Probleme mit der termingemäßen Materialbeschaffung gab, so konnte doch dieser erste Exportauftrag termingemäß zur Auslieferung kommen. Daß es im Zeitraum der Auslieferung und auch später keine Reklamationen gab, zeugte davon, daß alle Beteiligten eine gute Arbeit geleistet hatten. Erfreut waren wir alle, als wir zum Dank für die termingemäße und qualitätsgerechte Erfüllung dieses Auftrages 22 000 Valutamark Devisenbonus erhielten, für die wir 4 Bechler-Langdrehautomaten aus der Schweiz kauften und damit unsere Automatendreherei mit modernen leistungsfähigen Maschinen erweiterten sowie eine wesentliche Produktivitätssteigerung bei der Herstellung von Drehteilen erreichen konnten.

UNSERE ERSTE BETRIEBSVEREINBARUNG

Von den Mitgliedern des Verwaltungsrates der Industrieverwaltung 20 war in der Zwischenzeit die erste, für alle Betriebe der Industrieverwaltung gültige Betriebsvereinbarung mit folgendem Inhalt abgeschlossen worden:

„Zwischen der Industrieverwaltung 20 und dem Betriebsleiter und dem Betriebsrat des Zweigbetriebes

»Ellinger und Geißler«

wird heute gemäß Artikel 5 Absatz 1 Ziffer B des Betriebsrätegesetzes vom 10. April 1946 mit Wirkung vom 1. April 1947 folgende Vereinbarung getroffen:

1. *Der Betriebsrat übt die Kontrolle über die Einhaltung aller geltenden und und für den Betrieb in Frage kommenden Tarifverträge und aller einschlägigen Gesetze und Verordnungen aus (insbesondere auch Arbeits-, Frauen- und Jugendschutz sowie alle sonstigen sozialen Bestimmungen und Einrichtungen).*
2. *Einstellung, Entlohnung, Versetzung und Entlassung sind ohne Zustimmung des Betriebsrates in jedem Falle unwirksam.*
3. *Der Betriebsrat übernimmt im Produktionsprozeß vom Rohprodukt bis zur Fertigware und bei allen Betriebsangelegenheiten die volle Mitverantwortung und Mitbestimmung.*
4. *Den Betriebsratsmitgliedern wird für die Durchführung der Aufgaben, die sie im einzelnen nach der vom Betriebsrat beschlossenen Geschäftsordnung zu übernehmen haben, die erforderliche Freizeit unter Weiterzahlung des Lohnes bzw. Gehaltes zur Verfügung gestellt.*

Zu 1.

Betriebsleiter und Betriebsrat sind verpflichtet, sich von allen zu ihrer Kenntnis gelangenden Gesetze und Verordnungen sowie von allen Abänderungen der bestehenden Bestimmungen gegenseitig zu informieren, gegebenenfalls durch Vorlage des Wortlautes, der im Gesetz- und Verordnungsblatt für das Bundesland Sachsen veröffentlicht wird. Das Mitbestimmungsrecht des Betriebsrates zu allen betrieblichen Sozialeinrichtungen wird seitens der Betriebsleitung garantiert.

Zu 2.

Bevor Neueinstellungen vorgenommen werden, hat der Betriebsleiter diese Absicht dem Betriebsrat, unter Darlegung der Gründe und für welche Abteilung und Arbeit der Einzustellende vorgesehen ist, zur Kenntnis zu geben. Der Betriebsrat prüft die Notwendigkeit und die Person des Betreffenden und wird seine diesbezüglichen Entscheidungen nach bestem Wissen und Gewissen treffen. Bewerbungsunterlagen und Personalpapiere sind dem Betriebsrat zur Einsichtnahme und Beurteilung des Einzustellenden vorzulegen. Die Entlohnung ist gemeinsam mit dem Betriebsrat festzulegen. Bei Versetzungen ist entsprechend zu verfahren. Entlassungen werden erst nach Prüfung und Zustimmung durch den Betriebsrat vorgenommen.

Alle auf diese Vorgänge bezugnehmenden Schreiben und Mitteilungen sind nur gültig, wenn sie neben der Unterschrift des Betriebsleiters gleichzeitig vom Betriebsrat abgezeichnet sind.

Zu 3.

Das Recht auf Mitbestimmung des Betriebsrates bei der Preiskontrolle, Preisgestaltung, Produktionsplanung, Nachkalkulation sowie im Auftragswesen und Finanzgebaren wird seitens des Betriebsleiters ausdrücklich anerkannt. Der Betriebsleiter verpflichtet alle von ihm mit der Durchführung dieser Aufgaben Beauftragten zur strikten Einhaltung dieser Bestimmungen. Alle Bekannt-

machungen des Betriebsleiters innerhalb des Betriebes sind vom Betriebsrat gegenzuzeichnen. Der gesamte Posteingang und -ausgang ist dem Betriebsratsvorsitzenden oder dessen Stellvertreter vorzulegen und von diesem mit zu unterschreiben. Von allen Verhandlungen, Besprechungen und mündlichen Abmachungen des Betriebsleiters mit anderen Dienststellen usw. hat dieser dem Betriebsrat Kenntnis zu geben.
Mindestens einmal im Monat gibt der Betriebsleiter in einer Betriebsratssitzung Aufschluß und Bericht über die Geschäftslage. Sämtliche Betriebsratsmitglieder sind zum strengen Stillschweigen verpflichtet. Was als vertraulich anzusehen ist, wird jeweils durch Übereinkunft festgelegt. Eine Schweigepflicht der Betriebsratsmitglieder untereinander und gegenüber dem Ortsverband des FDGB besteht nicht. Gegebenenfalls auftretende Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung der Bestimmungen dieser Vereinbarung sind ebenso wie die Fälle, in denen bei einzelnen Punkten keine Einigung zwischen Betriebsleiter und Betriebsrat zu erzielen ist, dem Verwaltungsrat der Industrieverwaltung 20 unter gleichzeitiger Benachrichtigung der Direktion der Industrieverwaltung 20 zur Entscheidung vorzulegen. Kommt hier keine Einigung zustande, ist der FDGB und erforderlichenfalls das Arbeitsgericht anzurufen."

Diese Vereinbarung wurde am 1. April 1947 abgeschlossen und trägt folgende Unterschriften:

	Industrieverwaltung 20 *Elektrotechnik Dresden*
gez. Fillinger *Kaderleiter*	*gez. Springer* *Technischer Direktor*
gez. Krötzsch *Betriebsleiter*	*gez. Baumgart* *Betriebsrat*

Am 22. Mai 1947 wurde bekanntgegeben, daß unser Betrieb auf 253 Belegschaftsmitglieder, darunter 11 Heimarbeiter, angestiegen war. Auch der monatliche Umsatz hatte sich beträchtlich erhöht: betrug er im April 1946 74 000 RM, so stieg dieser im April 1947 auf 110 000 RM an.

DER II. PARTEITAG DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS

Der II. Parteitag der SED, der vom 20. bis 24. September 1947 in Berlin stattfand und an dem 1 111 Delegierte teilnahmen, zog Bilanz über die Entwicklung der Partei seit dem Vereinigungsparteitag. Ausgehend von dem veränderten internationalen Kräfteverhältnis und der weltweiten Klassenauseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus, analysierte er den unterschiedlichen Entwicklungsstand in der sowjetischen Besatzungszone und in den Westzonen.

Er beschloß die Aufgaben für die Weiterführung der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung, für den Kampf gegen die Spaltungs- und Restaurationspolitik des Imperialismus sowie für die Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse in den Westzonen.

Dem Ziel der internationalen und deutschen Reaktion, Deutschland zu zerreißen und dem USA-Diktat zu unterwerfen, stellten die Delegierten des II. Parteitages folgenden Plan entgegen: Sicherung der demokratischen Einheit durch einen Volksentscheid über einen antiimperialistischen deutschen Einheitsstaat, unverzügliche Bildung zentraler Verwaltungen, Vorbereitung einer gesamtdeutschen Regierung zum Zwecke der Wahl eines Parlaments auf demokratischer Grundlage, Wiederherstellung der staatlichen Souveränität, Abschluß eines Friedensvertrages.

Außerordentliche Bedeutung besaß in dieser Konzeption der SED die Wirtschaftspolitik. Nachdem die Großbanken, die Betriebe der Nazi- und Kriegsverbrecher sowie die Konzerne enteignet, in die Hände des Volkes übergeführt wurden und der volkseigene Sektor entstanden war, existierten alle Voraussetzungen, um eine Wirtschaft aufzubauen, in der es weder kapitalistische Krisen noch Arbeitslosigkeit gibt.

Um die antifaschistisch-demokratischen Verhältnisse rasch zu stärken, mußte die Wirtschaft planmäßig entwickelt und mittels einiger ökonomischer Maßnahmen, vor allem im volkseigenen Sektor, ausgebaut und gefestigt werden. In den volkseigenen Betrieben galt es, die Produktion zu steigern, die Qualität ihrer Erzeugnisse zu erhöhen, die Selbstkosten zu senken, die Leitungstätigkeit, die Arbeitsorganisation und die Arbeitsbedingungen der Werktätigen zu verbessern. Das war der Weg, um sie zu vorbildlichen Betrieben zu entwickeln.

Mit der Losung:

„Mehr produzieren, gerechter verteilen, besser leben!"

wandte sich der Parteitag an die gesamte Arbeiterklasse, insbesondere an die in den volkseigenen Betrieben beschäftigten Arbeiter, Angestellten und Angehörigen der Intelligenz. Mit Hilfe des Wettbewerbs galt es, eine neue Einstellung zur Arbeit durchzusetzen.

Der Veruntreuung von Volkseigentum und der Sabotage in den Betrieben sagte die Partei einen energischen Kampf an und forderte gleichzeitig, die Organe der Volksmacht auszubauen. An alle Mitglieder wandte sie sich mit dem Ruf, den Arbeitern und den anderen Werktätigen bewußt zu machen, daß die volkseigenen Betriebe für immer ihnen gehören und daß es deshalb vor allem von ihrer eigenen Arbeit abhängt, die Arbeitsproduktivität und die Produktion zu steigern und damit die Lebenslage des gesamten Volkes schrittweise zu verbessern. Der Parteitag appellierte an die Betriebsräte, die Gewerkschaften und die anderen Massenorganisationen, aktiv an der Vorbereitung und Verwirklichung der Produktionspläne mitzuwirken. Die staatlichen Organe haben ihre Arbeit entsprechend den neuen Anforderungen zu verbessern, bürokratische Erscheinungen zu überwinden und sich enger mit der Bevölkerung zu verbinden.

Eine Fülle von Aufgaben stand nun vor unserer Parteiorganisation. Um sie

Schritt für Schritt zu lösen, begannen die Genossen eine langwährende politische Überzeugungsarbeit, um damit die ganze Belegschaft des Betriebes für einen größeren Beitrag in der internationalen Klassenauseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus sowie für neue Aktivitäten im Kampf um die Sicherung und Festigung der revolutionären Errungenschaften zu gewinnen. Es war außerordentlich schwer, unter der einzig richtigen Losung

„Erst mehr arbeiten, dann besser leben"

die Prinzipien einer sozialistischen Betriebswirtschaft durchzusetzen. Umgekehrt wird ein Schuh daraus, hatte die Reaktion vielen Werktätigen eingeflüstert, und die bewußtesten Genossen brauchten lange Zeit, ehe sie bei allen Verständnis fanden.

DIE BILDUNG DER BETRIEBSGRUPPE DER SED

Die politisch-ideologische Arbeit leisteten die Genossen bisher in den Ortsgruppen der SED ihres Wohnhortes, in denen nicht wenige von ihnen Funktionen ausübten. Es dauerte deshalb einige Monate, bis sie durch andere Genossen ersetzt werden konnten, was natürlich die Bildung der Betriebsparteiorganisation verzögerte. Während dieser Übergangszeit gab es aber keine Lücke, denn die politisch-ideologische Führungsarbeit im Betrieb wurde auch weiterhin von diesen Genossen geleistet, unterstützt von den Genossen der Betriebsleitung, Genossen Herbert Zickmantel und Richard Büttner.

Die Vielzahl der Aufgaben, die der II. Parteitag gestellt hatte, erforderte eine konzentrierte politische Arbeit, die die Notwendigkeit zur umgehenden Gründung einer SED-Betriebsgruppe verstärkte. Diese erfolgte Anfang Oktober 1947. Die 40 Mitglieder der SED wählten die Genossen Otto Schirmer, Paul Straube und Werner Schirmer als Leitungsmitglieder der SED-Betriebsgruppe und Genossen Otto Schirmer einstimmig zu ihrem Sekretär.

Die Beschlüsse des II. Parteitages der SED waren für unsere neugegründete Betriebsparteiorganisation ein Leitfaden der Aufgaben, auf die wir uns nun konzentrieren mußten und zugleich eine zielgerichtete Arbeitsgrundlage für die kommende Zeit.

Der Neuaufbau des Betriebes und die beginnende technische Vervollkommnung des Produktionsprozesses erforderte eine gezielte Lehrlingsausbildung. Das Reservoir an Fachkräften aus den umliegenden Orten war erschöpft, und die bisherige Ausbildungsmethode, der Unterweisung der Lehrlinge durch Facharbeiter nebenbei, hatte eine erhebliche Verzögerung bei der Reparatur und Neufertigung von Werkzeugen zur Folge.

Die Übergabe der Lehrwerkstatt am 1. September 1947 unter die Leitung eines geprüften Meisters, des Genossen Otto Schirmer, brachte für den Betrieb hohen Nutzen und einen gesicherten Facharbeiternachwuchs für die nächsten Jahre.

DER BEFEHL 234 DER SMAD

Nach zahlreichen Gesprächen mit leitenden Funktionären der SED und des FDGB erließ die SMAD am 9. Oktober 1947 den Befehl Nr. 234 *„Über Maßnahmen zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität und zur weiteren Verbesserung der materiellen Lage der Arbeiter und Angestellten der Industrie und des Verkehrswesens."* Der Befehl und die Beschlüsse des II. Parteitages stimmten in Inhalt und Ziel grundsätzlich überein. Im Befehl waren Maßnahmen zur Steigerung der Arbeitsproduktivität festgelegt und aufs engste mit Schritten zur weiteren Verbesserung der Lage der Werktätigen verbunden.

Im einzelnen ordnete der Befehl an: „Alle Länderregierungen, Verwaltungsorgane und Betriebsleitungen haben konkrete Maßnahmen zur Steigerung der Arbeitsproduktivität, zum Kampf gegen Bummelantentum und zur Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter und Angestellten festzulegen, neue Betriebsordnungen einzuführen und die Arbeitszeit für Jugendliche zu verkürzen." Der Befehl verlangte, den Leistungslohn anzuwenden und überall den Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit" zu verwirklichen.

Der *Aufbauplan 234*, wie der Befehl auch genannt wurde, forderte, alle Verordnungen und Befehle des Hitlerregimes über Betriebsordnungen, Geldstrafen und andere Maßregelungen aufzuheben, da sie die Würde der Arbeiter beleidigten.

„Es gibt keinen anderen Weg, als unter größten Anstrengungen, trotz Mangel an Rohstoffen und Energie, bei größtenteils veralteten Maschinen, trotz unzureichender Ernährung und Arbeitskleidung, den wirtschaftlichen Aufstieg zu beschleunigen." Diesem Ziel mußte in der damaligen Situation alles andere untergeordnet werden. Es galt vor allem, die Zuteilung an lebenswichtigen Nahrungs- und Konsumgütern so zu regeln, daß sie einen echten Anreiz für die Entwicklung der Produktion bildete. Dieses elementare ökonomische Erfordernis durchzusetzen, war außerordentlich schwer, hatte doch die Produktion von Nahrungs- und Konsumgütern noch einen sehr niedrigen Stand. Unter diesen Umständen war es eine große Leistung und ein bedeutender Fortschritt, daß den vorbildlich arbeitenden Werktätigen eine zusätzliche warme Mahlzeit im Betrieb, Straßenschuhe, Bekleidung, Stoffe und andere dringend benötigte Gebrauchsgegenstände gegeben werden konnten. Für die Werktätigen erwies sich der Befehl 234 als Ansporn, mehr für den demokratischen Neuaufbau zu leisten.

Der Befehl 234 drückte eindeutig den Willen des Sowjetvolkes aus, die Wirtschaft in Ostdeutschland weiter auszubauen, und es dürfte in der Geschichte einmalig sein, daß sich eine Besatzungsmacht so intensiv um das Wohl der arbeitenden Menschen kümmert. Der Befehl 234 machte aber auch unserer Belegschaft deutlich, daß sie nur im Bündnis mit der Sowjetunion die antiimperialistisch-demokratischen Errungenschaften sichern und festigen kann.

Die Betriebsgruppe der SED ergriff im Oktober 1947, gemeinsam mit der Betriebsleitung, dem Betriebsrat und der Betriebsgewerkschaftsleitung, Maßnahmen, um alle Kräfte der Belegschaft für eine schnelle Verwirklichung der neuen

Aufgaben zu mobilisieren. Es wurde beschlossen, Betriebsstörungen, Pfuscharbeit, Arbeitsbummelei und Diebstähle durch eine strenge Kontrolle zu verhindern und die Arbeitskräfte zweckmäßig einzusetzen, anzuleiten und zu qualifizieren.

Die Betriebsleitung leitete Maßnahmen zur Winterfestmachung, zur Verbesserung des Arbeitsschutzes und der gesundheitlichen Betreuung ein. Die Einführung des Leistungslohnes sowie der Aufbau eines Planungsausschusses und die Einführung eines kostenlosen warmen Mittagessens waren weitere Meilensteine auf dem Weg zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen.

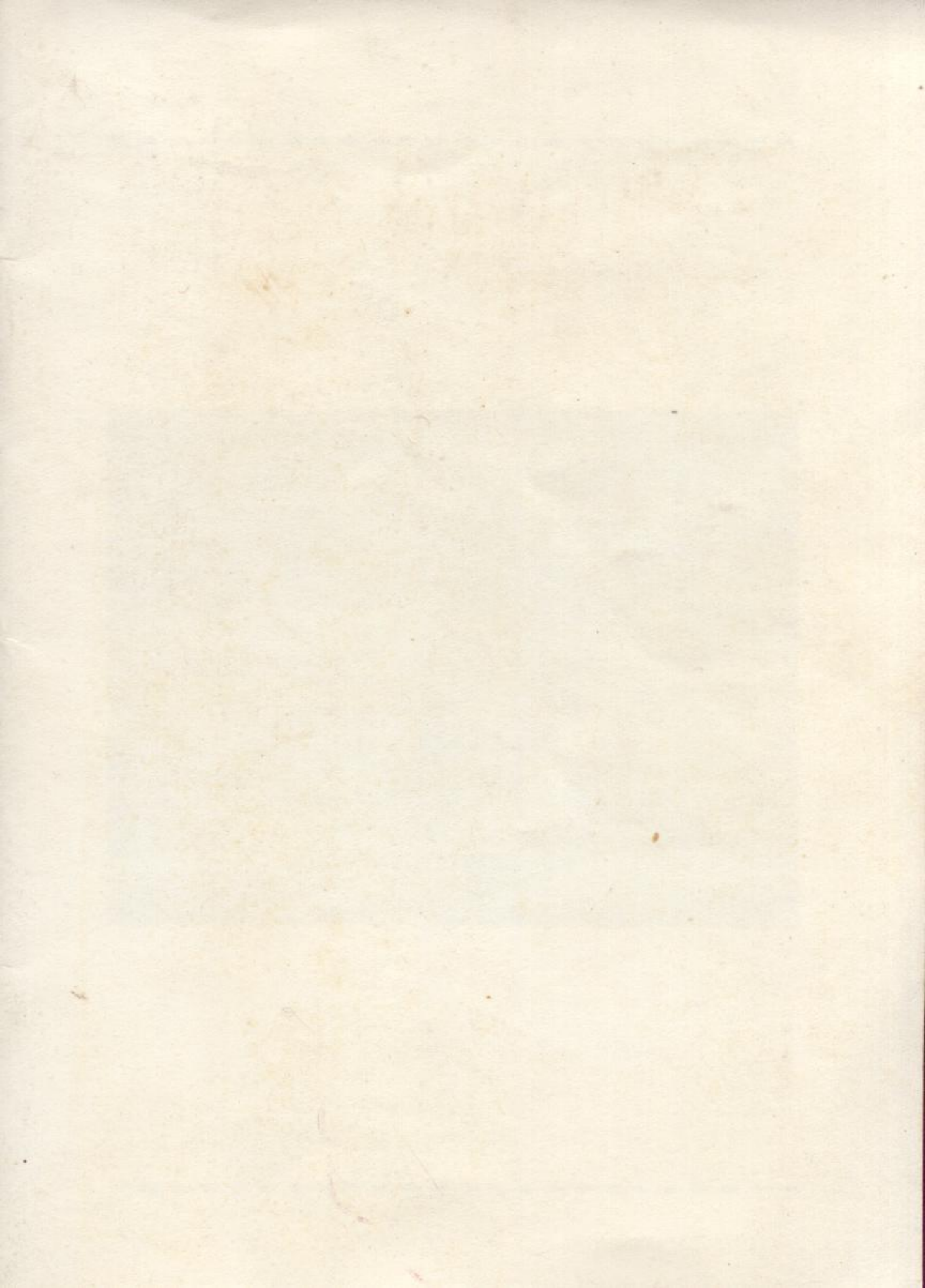
UNSERE ERSTEN SOZIALEN ERRUNGENSCHAFTEN

Am 15. Oktober 1947 konnte ein Sanitätsraum unseren Werktätigen eingerichtet übergeben werden. Für die gesundheitliche Betreuung sorgte die Betriebsschwester Annelies Baumgart aus Dorfhain. Herr Dr. Oertel aus Dorfhain hatte sich bereit erklärt, an jedem Dienstag und Donnerstag von 11.00 bis 13.00 Uhr Sprechstunden für unsere Werktätigen im neuen Sanitätsraum abzuhalten.

Am 21. Oktober 1947 war es dann auch soweit, daß ein Raum in der Holzbaracke als Betriebsküche eingerichtet und das erste kostenlose Mittagessen verabreicht werden konnte. Wenn die Einrichtung auch noch recht primitiv war und erst nach Freimachung der zu Wohnzwecken genutzten Räume verbessert werden konnte, so verstand es die erste Köchin Frieda Zimmermann aus Höckendorf dennoch, den annähernd 300 Beschäftigten aus den ihr zur Verfügung stehenden Nahrungsmitteln – bestehend aus Kartoffeln, Haferflocken, Graupen, Mehl und Gemüse mit wenig Fleisch und Fett sowie unzureichenden Gewürzen – ein schmackhaftes Essen zu kochen.

Die Verbesserung der gesundheitlichen Betreuung und die Einführung eines kostenlosen Mittagessens wurden von unserer Belegschaft mit Dankbarkeit aufgenommen und waren Anlaß, mit noch größerem Elan die Aufbauarbeit fortzusetzen.





Dorfhain

Kreis Freital
Bezirk Dresden

Wer das Wandern noch nicht verlernt hat, der wird sich immer wieder von Dorfhain und seiner malerischen Umgebung angezogen fühlen. Der Seerenteich, das Tal der Wilden Weißeritz, der Weg zum Katzensteg, den die Natur- und Heimatfreunde der Gemeinde neu erschlossen, garantieren Stunden der Erholung und der Erbauung. Obwohl der Ort auch Industrie beherbergt, wirkt er still und fast verträumt. Dabei hat sich sein Bild in den letzten 20 Jahren verwandelt. Neues entstand – kündend von der Epoche des Sozialismus, die auch für Dorfhain bestimmend geworden ist.

Wenden wir uns zunächst der Vergangenheit zu, die dem Ort bewegte Zeiten brachte.

Historisches im Telegrammstil

1351 wird Dorfhain erstmalig unter dem Namen Hanowe genannt. Ein entsprechender Hinweis findet sich im Lehnbuch Friedrichs des Strengen. 1402 taucht der Name Cleinenhain auf. Zu dieser Zeit gehört der Ort zur Pflege Freiberg. Im 17. Jahrhundert bürgert sich der heutige Ortsname ein. Der Ort ist zeitweilig den Rittern Theler und denen von Schönberg untertan. Im Dreißigjährigen Krieg fallen am 13. Oktober 1632 die Kroaten unter General Holk plündernd in das Dorf ein, brennen Bauernhöfe, Häuser und Kirche nieder. Wenig später wütet die Pest – sie fordert 300 Opfer. 1635 errichten die Schweden ein Schrekkensregiment. Im Siebenjährigen Krieg werden viele Gebäude durch die Preußen eingeäschert. Auch das Geschehen der Befreiungskriege spiegelt sich im Ort wider. 1877 Bau der Straße nach Edle Krone. Derzeitige Einwohnerzahl: 1560.

Die neue, gute Zeit

Schade, daß die Historie des Dorfes aus Platzgründen hier nur unvollkommen wiedergegeben werden kann. Wir fanden sie, detailliert und liebevoll aufgeschrieben in einer Festschrift, die 1956 zum Schul- und Heimatfest in Dorfhain herauskam. Die in der Schrift angeführten Fakten zeigen die „gute, alte Zeit", wie sie in Wirklichkeit war. Jahrhunderte, die den einfachen Menschen die tägliche Sorge ums tägliche Brot brachten.

Es ist doch wohl richtiger, von der guten, neuen Zeit zu sprechen, die mit der Geburt unseres sozialistischen Staates deutlich ihre Zeichen setzte. Zwei landwirtschaftliche Betriebe der Gemeinde leiteten 1955 mit der Bildung einer LPG jenen Weg ein, der die Produktions- und Lebensbedingungen grundlegend veränderte. Heute bewirtschaftet die LPG Typ III „Traktor" 537 Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche. Die Milchwirtschaft dominiert, zu Colmnitz bestehen Kooperationsbeziehungen. Durch Um- und Ausbau richtete sich die Genossenschaft einen Kuhstall und eine Schweinemastanlage ein. Mit der LPG Typ I „Hoffnung zur Spitze" verfügt das Dorf über eine weitere leistungsfähige Genossenschaft.

Für elektronische Datenverarbeitung

Der einstige Betrieb von Ellinger & Geißler entwickelte sich nach der Enteignung zu einer bedeutenden Produktionsstätte, die nun den Namen VEB Elektronische Bauelemente führt. Das Werk, dem seit Anfang dieses Jahres auch ein Glashütter Betrieb angeschlossen ist, gilt als Alleinhersteller von Schichtdrehwiderständen, die für die elektronische Datenverarbeitung sowie für die Rundfunk- und Fernsehindustrie unerläßlich sind. Mehrfach hat der Betrieb in den Jahren seines Bestehens die Produktion erhöht. Er baute ein modernes Sozialgebäude mit Speiseraum und Küche, er errichtete ein Kesselhaus.

Außerdem sind Betriebe mit staatlicher Beteiligung und Privatbetriebe in der Gemeinde ansässig. So eine Kunstharzpresserei und eine Feinmechanische Werkstätte.

Sportbegeistert

An der Arno-Lippmann-Straße breitet sich ein Stück neues Dorfhain aus. Nach der 1954 erfolgten Gründung der AWG Dorfhain setzte ein Jahr später das Baugeschehen ein. AWG-Vorsitzender Günter Grosch sagte uns: „Wir verwalten 79 Wohnungseinheiten, wovon sich 12 auf dem Territorium der Gemeinde Colmnitz befinden. Gebaut wurden durchweg zweistöckige Häuser. Acht Wohnungseinheiten kamen im staatlichen Wohnungsbau hinzu. Im Vorjahr stellte die AWG 300 000 Mark für Werterhaltungsarbeiten zur Verfügung."

Die Dorfhainer sind sportbegeistert. Als es darum ging, den Sportplatz anzulegen und auszubauen, waren sie mit Feuereifer bei der Sache. Bürgermeister Genosse Karl Haase berichtete: „Unsere Anlage hat sich zu einem Sportzentrum entwickelt. Eine Laufbahn umgibt das Spielfeld. Der Trainingsplatz ist mit einer Flutlichtanlage ausgestattet. Dann eine Kegelbahn mit zwei Asphaltbahnen. Träger des Sportes ist die BSG Motor, deren 190 Mitglieder in sechs Sektionen verankert sind. Mit etwa 14 000 Einsatzstunden, die einem Wert von 400 000 Mark entsprechen, beteiligten sich die Einwohner an der Gestaltung der Anlage. Als einer der Unermüdlichsten erwies sich dabei wieder einmal mehr unser Genosse Max Lorenz. In diesem Jahr wird der Bau eines Luftbades unsere Kräfte in Anspruch nehmen."

Besonderer Dank gebührt auch den Natur- und Heimatfreunden, in deren Reihen unter anderen die Brüder Georg und Reinhard Gönner wirken. Ihr Bemühen gilt der Naherholung. Sie setzten Bänke und halten Wanderwege instand. -r-